

Amer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Nachrichten und die Anzeigen der Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis 20 Pf. —

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Nachrichten und die Anzeigen der Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis 20 Pf. —

Enthalten die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 298

Mittwoch, den 21. Dezember 1932

27. Jahrgang

Keine Reichstagsfeier vor Weihnachten?

Entscheidung des Ältestenrates am heutigen Dienstag

Berlin, 19. Dez. Der Ältestenrat des Reichstages beschloß, wie das Nachrichtenbüro des B.D. meldet, nach mehr als einstündiger Debatte, am Dienstag unmittelbar nach der Sitzung des Reichstages noch einmal zusammenzutreten, um über die Reichstagsfeierlichkeiten zu entscheiden. In der heutigen Sitzung konnte eine Einigung über die Ansetzung einer Reichstagsfeier noch nicht erzielt werden. Die Regierung war in der Sitzung nicht vertreten und hatte auch dem Reichstagspräsidenten keine Mitteilung zugehen lassen. Auch die Bayerische Volkspartei hatte keinen Vertreter entsandt, sie hatte aber schriftlich mitgeteilt, daß sie gegen eine vorzeitige Einberufung sei. Präsident Goering erklärte einleitend, es würde sich wohl nicht empfehlen, noch vor Weihnachten eine Tagung des Reichstages abzuhalten, zumal der Reichsrat, falls er gegen die Annahme Einspruch erhebe, noch eine Begründungsfrist von 14 Tagen habe. Die Sozialdemokraten beantragten trotzdem, den Reichstag sofort für Donnerstag einzuberufen und neben der eventuellen neuen Abstimmung über die Annahme auch die Winterhilfsanträge auf die Tagesordnung zu setzen. Die Kommunisten verlangten außerdem für Donnerstag schon die Behandlung der politischen Fragen und der Mißtrauensanträge. Beide Anträge wurden jedoch vorläufig abgelehnt.

Gegen eine unzeitige Weihnachtsfeier

Berlin, 20. Dezember. Die Beurteilung der parlamentarischen Situation wird, wie wir noch ergänzen erfahren, von dem Gedanken beherrscht, daß es einfach nicht angeht, daß der Reichstag, ohne — wer entscheidenden, grundsätzlichen Frage seines Bestehens zur Reichsregierung Stellung zu nehmen, immer wieder zu kurzen Tagungen zusammentritt, in denen er Beschlüsse faßt, die doch nur agitatorischen Sinn haben. Die schwierigen Aufgaben, vor denen die Reichsregierung steht, werden auf diese Weise nur erschwert, und zwar schon deshalb, weil ihr ja gänzlich die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, um kostspielige Agitationsbeschlüsse durchzuführen. Es ist auch gar kein Zweifel, daß die Regierung sich einen etwaigen Stimmbruch unter keinen Umständen gefallen lassen würde. Man muß natürlich abwarten, wie die

Situation im Ältestenrat sich heute vollzieht. In den späten Abendstunden wurden gestern aus der Tasche, daß der Ältestenrat noch nicht zu Entscheidung gekommen ist, Schlüsse gezogen, nach denen der Ausgang der heutigen Sitzung als zweifelhaft angesehen werden dürfte. Es ist aber nach Auffassung politischer Kreise doch wohl zu erwarten, daß der Reichstag sich den festlichen Argumenten, die gegen eine Weihnachtsfeier sprechen, ebensowenig entzieht, wie der bestimmten Haltung der Reichsregierung.

Keine Weihnachtsfeier zu erwarten

Berlin, 19. Dezember. In der Berliner Abendpresse wird ein großes Rätselraten über die nächste parlamentarische Entwicklung veranlaßt. Es hat seinen Grund in der Einberufung des Ältestenrates und der für Dienstag bevorstehenden Entscheidung des Reichstages über das Annahmengesetz. Man beschäftigt sich nun mit der Möglichkeit, daß vom Reich her auch die Preußenfrage aufgerollt und der Landtag aufgelöst werden könnte, und zwar wird dem Zentrum die Absicht der Landtagsauflösung zugesprochen. In gut unterrichteten Kreisen nimmt man aber all diese Gerüchte nicht sehr ernst. Natürlich kann auch die Auflösung des preussischen Landtages in absehbarer Zeit eintreten, aber sie wird es nur im Zusammenhang mit der Reichstagsauflösung. Die Situation im Reich wird durchaus ruhig beurteilt. Man neigt heute abend allgemein der Auffassung zu, daß die Annahme im Reichstag glatt über die Bühne gehen wird, da ziemlich sicher nur mit dem Einspruch Bayerns zu rechnen sei und Bayerns Stimmen nicht an das erforderliche Drittel heranreichen. Nachdem Reichstagspräsident Goering sich heute ebenfalls gegen eine Weihnachtsfeier des Reichstages erklärt hat, glaubt man auch, daß der Antrag der Linken in der morgigen Sitzung des Ältestenrates abgelehnt werden wird. Die Haltung Goerings entspricht auch nur dem, was von nationalsozialistischer Seite in den letzten Tagen immer wieder verkündet wurde, nämlich, daß die NSDAP im Augenblick kein Interesse an einer Zulassung der politischen Lage habe, sondern zunächst abwarten will, wie sich die Dinge im Januar entwickeln. Angesichts dieser parlamentarischen Situation im Reich bestehen kaum Anzeichen dafür, daß es in den nächsten Tagen in Preußen zu Überreaktionen kommt. Momentlich ist auch unglücklich, daß das Zentrum die Absicht hat, eine Motion in Preußen einzulegen. Damit bleibt die Austragung der innerpolitischen Gegenstände im Reich wie in Preußen bis in die zweite Januarhälfte hinein aufgeschoben.

Späte Erkenntnisse in Sowjetrußland

Es ist nicht das erste Mal, daß die Regierung Stalins, des „Stählernen“, Zugeständnisse an die Wirklichkeit machen muß, die die vielgelesenen Pläne und Rechnungen marxistischer Denkart des öfteren ab aburdam führt.

Auch die bolschewistische Regierung mußte die schöpferische Kraft des Kapitals anerkennen, auch sie konnte keine kapitallose Wirtschaft organisieren. Ihr Werk bestand nur darin, an die Stelle des privatkapitalistischen das staatskapitalistische System zu setzen.

Die vergangenen Jahre haben eine ununterbrochene Kette von Zugeständnissen an die privatkapitalistische Denkweise gebracht. Die Ziffern, die man im Kreml aufstellte und an denen man sich berauschte, stimmten — auf dem Papier. Die Bilanz der russischen Rechnung für die Industrialisierung der UdSSR war reiflos ausgefallen — auf dem Papier. Es zeigte sich nur, als man ans Werk ging, daß ein Faktor völlig vergessen worden war: der Mensch. Schicksaliger von Moskau. Das heißt, man hatte wohl an den Menschen gedacht als an einen starren, berechenbaren, mechanischen Wert, aber man hatte ihn vergessen als lebendige, geistige und heilige Größe. Die roten Machthaber konnten Maschinen herbeschaffen und Fabriken errichten lassen. Aber sie konnten den Menschen an den Maschinen und in die Fabriken nicht eine bestimmte Arbeitsleistung abzwängen, zu deren Vollerbringung eben Jahrzehnte und Jahrhunderte organischer Entwicklung und Schulung nötig sind.

Durch die Revolution der Röhre und Einkommen hatte man dem russischen Arbeiter einen der härtesten Antriebe genommen, mehr als der andere zu leisten. Die Folge waren Störungen in ungeahntem Ausmaß. Die Maschinen sind da. Aber es fehlen ihnen die Meister, die sie beherrschen.

Deshalb ging man in den letzten Jahren daran, innerhalb einer gewissen Grenze Kapitalerwerb freizugeben, freien Handel zuzulassen, Prämien auszuweisen usw. Sogar auf dem Gebiete der Kunst, insbesondere der Filmkunst, geht man jetzt dazu über, sich vom historisch-dokumentalen Film abzuwenden und den Menschen wieder in den Vordergrund der Betrachtungen zu stellen.

Bor kurzem meldete der Draht eine neue Verordnung Stalins, die für Arbeiter, wenn sie auch nur einen Tag unentschuldig fehlen, die freilose Entlassung, und für Arbeiter, die größere Arbeitsleistungen vollbringen, — bevorrechtigte Lebensmittelversorgung vorsteht, d. h. ihnen größere Rationen der durch Rationen (1) zugeleiteten Lebensmittel zukommen läßt.

Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Anerkennung des Leistungsprinzips — eines der Grundpfeiler privatkapitalistischer Wirtschaft — und die Einführung eines härter als bisher nach der Leistung differenziereten Lohnes — eines der Hauptmotoren privatwirtschaftlichen Denkens!

Gewiß, die Lohnunterschiede sind noch gering und hart geregelt. Aber wir dürfen nicht vergessen, was in Sowjetrußland, in dem die Teuerung und damit das Geld gegenwärtig wieder stark zunimmt, eine bevorrechtigte Lebensmittelversorgung für den Einzelnen bedeutet. Heute stellt Stalin dem russischen Arbeiter als lohnenden Lohn ein halbes Pfund Fleisch oder Fett als Zulage in Aussicht. Wenn sich einmal das fürchtbare Geld in Sowjetrußland etwas gemildert hat und andere Bedürfnisse wieder härter hervortreten, die der russische Arbeiter heute hinter die primitivsten zurückstellen muß, dann wird Stalin noch ganz andere Einkommensdifferenzierungen konzipieren müssen, um den russischen Produktionsapparat in Gang zu halten!

Sicher! Die Bolschewiken stützen sich auf ihren größten Propheten, auf Lenin selbst, der einmal dem Umweg als durchaus erlaubten Weg zum bolschewistischen Idealstaat bezeichnet hat, falls der gerade Weg nicht gangbar sei. Aber zu viele Umwege führen oft in ganz andere Richtung! Und kommt in der Tat, die russischen Revolutionäre geraten immer weiter von dem ursprünglichen Wege ab, ob sie wollen oder nicht. F r i e d l i n

Die Hilfe für die Erwerbslosen

Die Durchführung der Fleischfleisch-Verkäufung
Berlin, 19. Dezember. Im Reichsarbeitsministerium fanden heute abschließende Beratungen über die Durchführung der Fleischfleisch-Verkäufung für die Erwerbslosen statt. Als Ergebnis dieser Beratungen wurde noch die Information der „Fleischer-Zeitung“ folgendes festgestellt:

1. Der Kreis der zum Empfang von Fleischfleisch berechtigten Erwerbslosen wird durch die Hinzunahme der alleinstehenden Erwerbslosen um 2 1/2 Millionen Personen erweitert.
2. Die verbilligte Fleischmenge wird von bisher zwei Wochenarten im Monat auf vier Wochenarten a ein Pfund Fleischfleisch ausgedehnt.
3. Um den besonderen Bedürfnissen der alleinstehenden Erwerbslosen Rechnung zu tragen, kann in Zukunft auch Ratt des Fleischfleisches für jede Karte ein Pfund Rohwurst (Leber-, Blut-, Grünwurst usw.) — jedoch keine Dauerwurst — bezogen werden. Die Karten werden auch weiterhin auf Fleischfleisch ausgestellt werden, doch können teilweise die Erwerbslosen sämtliche Gutscheine auch für die genannten Wurstwaren in Zahlung geben.
4. Um den Erwerbslosen ein billiges Kaffeeersatzmittel zur Verfügung zu stellen, ist es auch gestattet, auf eine Wochenkarte im Monat wahlweise ein Pfund Schmalz zu kaufen.
5. Die Fleischfleisch-Verkäufung, die bisher nur bis in den Monat Februar hineinreichte, wird vorläufig bis Ende März 1933 ausgedehnt.

Diese Vorschläge werden zusätzliche Mittel im Betrage von etwa 30 Millionen Reich erfordern.
Unternehmervertreter beim Reichswirtschaftsminister
Berlin, 19. Dez. Die Ende der vorigen Woche begonnene Aussprache zwischen Reichswirtschaftsminister Dr. Barmbold und den Vertretern aller Gewerkschaften über eine Reihe aktueller Fragen auf allen Gebieten der Wirtschaft wurde heute vormittag mit den Vertretern der Unternehmerverbände fortgesetzt.

Eine Erklärung Gregor Strasers

Berlin, 19. Dez. Eine Anzahl Blätter veröffentlicht eine Erklärung von Gregor Straser, wonach er allen in der Presse erschienenen Veröffentlichungen und Kommentaren über die Beweggründe, die ihn zu seinem Rücktritt von seinen Parteiämtern veranlaßt haben, völlig fern-

Kommunistischer Reichstagsabgeordneter verhaftet

Berlin, 20. Dez. Wie die beiden kommunistischen Morgenblätter „Rote Fahne“ und „Berlin am Morgen“ berichten, soll gestern nachmittag der kommunistische Reichstagsabgeordnete Scheer, der Mitglied des Zentralkomitees der KPD ist, in seiner Wohnung verhaftet worden sein. Gleichzeitig soll eine Hausdurchsuchung stattgefunden haben. Die Verhaftung soll auf Anordnung des Oberreichsanwalts erfolgt sein. An unabhängiger Stelle im Berliner Volkspreßtribunal war in später Nachtstunde keine Auskunft über diese Angelegenheit zu erhalten.

„Russische Weihnachten“

Moskau, 19. Dez. Die Gottesdienstverbände werden in der Nacht vom 24. zum 25. Dezember in der ganzen Sowjetunion Gottesdienstveranstaltungen abhalten. Theater und Kinos sind angewiesen, Gottesdienstliche vorzuführen. Der Eintritt zu diesen Veranstaltungen soll frei sein. Die Trübsal haben Anweisung erhalten, keinerlei Spielzeug und Ausschmückungsmaterial für Weihnachtsbäume anzufertigen.

Hoovers Botschaft in der Schuldenfrage Schuldennachlaß nur gegen Vorteile auf den Auslandsmärkten

Washington, 19. Dez. (Reuter.) Hoover hat dem Kongress eine Sonderbotschaft gegeben lassen, in der er von dem Plan der Zusammenarbeit mit Roosevelt spricht, um die Kontinuität der Außenpolitik Amerikas, insbesondere mit Bezug auf die Frage der Kriegsschulden, auf die Weltwirtschaftskonferenz und die Abrüstungsfrage zu sichern. Da ihm die Genehmigung des Kongresses zur Wiedereinsetzung der Kriegsschuldenkommission fehlt, erklärt Hoover, er müsse unabhängig vom Kongress vorgehen, um einen Organismus zu schaffen, der eine Erörterung des Problems mit den Ländern beginnen solle, die nicht in Bezug ge-raten sind. Der Präsident weist auf die Verbindung der Kriegsschuldenfrage mit dem Abrüstungsproblem

und den Beratungen über die Weltwirtschaftskrise hin und ländigt an, daß er binnen kurzem einen Schuldenausschuß ernennen werde, dessen Mitglieder zum Teil gleichzeitig Mitglieder der Weltwirtschaftskonferenz seien, während andere in Verbindung mit den Verhandlungen über die Abrüstungsfrage stehen sollen. Der Präsident wiederholte seine Gesichtspunkte gegen eine Annullierung oder Herabsetzung der Schulden ohne gleichwertige Gegenleistung, wobei er hinzufügte: Wenn der Kongress die Einsetzung einer Schuldenkommission beschließen würde, so würde ich dem meine herzlichste Zustimmung geben. Die Opposition gegen eine solche Einsetzung einer Schuldenkommission ist jedoch so stark, daß Hoover erklärte, er habe nicht die Hoff-